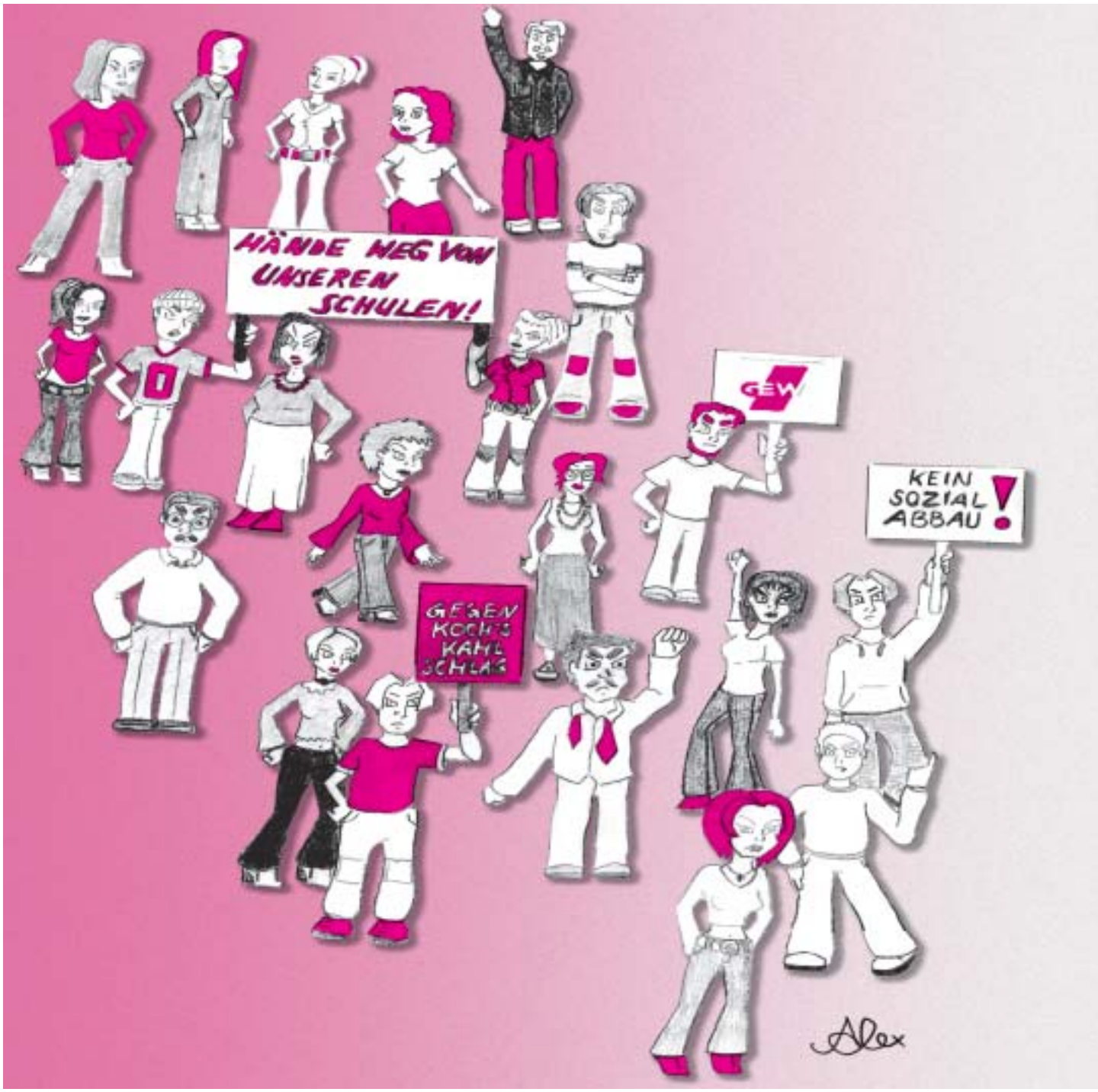
GEW-info

Heft 9
Dezember 2003

Zeitung der Kreisverbände Offenbach-Land und Offenbach-Stadt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft



Gegen das Kaputtsparen im Bildungsbereich

Zur Problematik hyperaktiven Verhaltens

Wie GATS die Bildung ruiniert

Intro

Impressum

Herausgeber:

Kreisverbände Offenbach-Stadt und -Land der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Anschrift der Redaktion:

Michael Köditz (v.i.S.d.P.),
Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt
Internet: www.gew-offenbach.de
E-mail: info@gew-offenbach.de

Layout:

Beate Wurzrainer

Zeichnungen:

Alexandra Bastian (Titelbild und S. 3, 16, 24) und Thomas Körner (Touché S. 15, 21, 22), bei dem wir uns auch für den Gruß unten herzlich bedanken.

Fotos stellten zur Verfügung:

Gabriele Bechtel, Beate Breimer, Dr. Wolfgang Christian, Jeanette Dutkowski, Michael Köditz, Prof. Rainer Roth, Christa Rugen, Markus Schmidt, Uli Simonis, Ruth Storn.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Ausgabe ein ganz herzliches Dankeschön!

Druck:

Imprenta, 63179 Obertshausen
Auflage: 2500 Exemplare

Nachdruck namentlich gekennzeichneter Artikel nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung der Autorinnen bzw. Autoren.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Mehr Arbeit und weniger Geld für Lehrerinnen und Lehrer – zu diesem Dauerbrenner hat die Landesregierung eine weitere Runde eröffnet. Die Empörung ist groß, und zwar zu Recht. Und die Proteste müssen weitergehen.

Zum einen geht es um unsere Gesundheit, der Stress ist auch jetzt schon unerträglich. Dass etwa doppelt so viele Lehrerinnen und Lehrer schwer krank vorzeitig aus dem Dienst entlassen werden müssen wie andere Beamte, ist nicht hinnehmbar. Wenn in dieser Situation auch noch draufgesattelt wird, halte ich das für unverantwortlich; schließlich werden schwerste Krankheiten verursacht.

Zum anderen – sicher ist Geld nicht alles. Aber Geld bedeutet Anerkennung, gerade in unserer Kultur, macht deutlich, wie viel – oder wie wenig – etwas wert ist. Wir arbeiten alle verdammt hart, und die Schwierigkeiten werden immer größer, weil die sozialen Beziehungen insgesamt aus dem Ruder laufen. Wir stehen an der vordersten Linie, müssen unter unwürdigen Bedingungen (ich denke etwa an Klassengrößen, Materialausstattung, Räume) die Kohlen aus dem Feuer holen, und da haben wir einen solchen Schlag ins Gesicht nicht verdient.

Alle anderen im sozialen Bereich sind ebenfalls betroffen. Auf vollkommen unfaire Art und Weise tobt sich die Sparwut dort aus, wo die Lobby am wenigsten zahlungskräftig ist. 5% wird insgesamt gekürzt, der Sozialhaushalt ist mit einem Drittel dran. Das trifft nicht nur die Bediensteten, sondern auch alle diejenigen, die auf irgendeine Weise Hilfe brauchen. Mit derartigen Kürzungen gießt Koch kräftig Öl ins Feuer sozialer Konflikte. Und das müssen dann wiederum wir Pädagoginnen und Pädagogen ausbaden.

Derweil müssen wir sehen, wie wir irgendwie zurecht kommen mit schwieriger werdenden Situationen. Das Thema ADHS ist für unseren Arbeitsalltag von großer Bedeutung. Wir bemühen uns, hier zu einem guten Umgang zu finden – für unsere Klassen und die betroffenen Kinder und ihre Eltern. Mehr Unterstützung, andere Arbeitssituationen, ein anderes Schulsystem: All dies ist längst überfällig. Allein, es fehlt der politische Wille – und natürlich das nötige Geld.

Dass die vorgebliche Finanznot hausgemacht ist, wissen wir längst. Die Landeskasse wäre gut gefüllt, hätten Koch und andere (längst nicht mehr nur aus dem konservativen Lager) die großen Konzerne und die Vermögenden nicht so exzellent bedient. Die Bedeutung dieses Themas machen wir deutlich, indem wir es auf der hinteren Umschlagseite platzieren.

Ohne Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge ist Politik nicht mehr verstehbar. Darum ist GATS ein zentrales Thema für uns, ebenso, wie wir uns mit den Hintergründen der Arbeitslosigkeit beschäftigen. Weitere Verschlechterungen sind absehbar. Solidarität ist in dieser Situation wichtiger denn je.

Aufklärung tut Not, damit alle wissen, was unsere Regierungen hier treiben – denn schließlich tun sie das ja in Volkes Namen. Mit unserer Öffentlichkeitsarbeit und unseren Aktionen wollen wir Verbündete gewinnen. Zur Organisation des „Tags der Verweigerung“, des 18.11., taten sich DGB-Gewerkschaften mit sozialen Initiativen, Trägern sozialer Einrichtungen, Elternbund, SchülerInnenvertretung und vielen anderen zusammen. Wir müssen diese Verbindungen aufrechterhalten. Für kleinliche Abgrenzung ist die Situation zu ernst. Wenn Kochs (und Schröders, und Eichels, und Schlauchs, und Merkels, und Westerwelles usw.) Sparpolitik dazu beiträgt, dass wir uns stärker solidarisieren, dann gehen seine Pläne nach hinten los, denn: Gemeinsam sind wir wirklich stark!

Ich wünsche euch erholsame Feiertage und ein gutes neues Jahr!

Michael Köditz

Inhalt

Gegen das Kaputtsparen im Bildungsbereich

Wirtschaft contra Soziales?

Solidarität

Gegen das Kaputtsparen im Bildungsbereich

Offener Brief des Gesamtpersonalrats an Roland Koch 4

Offener Brief der Vertrauensleute OF-Land:
Herr Ministerpräsident Koch, Sie haben Ihre Wählerschaft getäuscht! 5

Offener Brief aus der Albert-Schweitzer-Schule an Herrn Koch und Frau Wolff 6

Widerstand gegen die Verkürzung der Schulzeit im Gymnasialen Bildungsgang ist nötig 7

Sparen auf Kosten Offenbacher Schulen 8

Noch mehr Arbeit – noch mehr Erkrankungen 8

Eltern protestieren bei Frau Wolff 9

Demonstration am 18.11 in Wiesbaden 10

Schwierige Arbeitssituationen

Zur Problematik hyperaktiven Verhaltens 14

Wirtschaft contra Soziales?

Wie GATS die Bildung ruiniert oder: EDISON macht das Licht aus 18

Nebensache Mensch – über die Hintergründe der Arbeitslosigkeit 20

Solidarität

Was macht eigentlich ... Nicaragua?
Die Unterstützung darf nicht versiegen! 21

Regionales 22

Adressenliste 23

Die Landeskasse ist leer – wer hat reingegriffen? 24

Offener Brief des Gesamtpersonalrats an Roland Koch

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt für den Landkreis und die Stadt Offenbach am Main wendet sich gegen die von Ihnen angekündigten Maßnahmen zur Sanierung des Landeshaushalts, insbesondere gegen die Pläne zur Erhöhung der Arbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten bei gleichzeitiger Streichung von 1000 Planstellen, die Kürzung des Weihnachtsgeldes und die Streichung des Urlaubsgeldes.

Es ist eine Zumutung, wie Sie für dieses Vorhaben auch noch Verständnis von uns erwarten, obwohl Sie offensichtlich versuchen, sich jeglicher eigener Verantwortung für Ihre Politik zu entziehen, indem Sie die Ursache für die finanzielle Misere des Landes ausschließlich in „der Krise“ und bei der Bundesregierung sehen. Tatsache ist jedoch, dass gerade Ihre Regierung alle Vorschläge zurückgewiesen hat, die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte zu verbessern - z.B. durch die Wiedereinführung einer reformierten Vermögenssteuer und den Abbau von Subventionen und Steuervorteilen für Großunternehmen.

Als Personalvertretung von über 3000 Lehrkräften können wir es nicht hinnehmen, dass die bereits bis an ihre Grenze belasteten Kolleginnen und Kollegen nun auch noch zur Reparatur der hessischen Finanzprobleme herangezogen werden sollen.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass die Unterrichtsverpflichtung aller Lehrkräfte heute wieder so hoch ist wie vor 50 Jahren, obwohl in dieser Zeit die durchschnittliche Arbeitszeit in allen Branchen deutlich gesenkt worden ist und die pädagogischen Ansprüche und Herausforderungen drastisch zugenommen haben! Die von Ihnen beabsichtigte erneute Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung führt in einigen Bereichen zur höchsten Pflichtstundenzahl seit Einführung des staatlichen Schulwesens.

Wie Ihnen bekannt sein sollte, haben Lehrerinnen und Lehrer in den letzten Jahren bereits gegenüber anderen Berufsgruppen deutliche Verschlechterungen erfahren.

Dazu gehören

- die Verminderung des Weihnachtsgeldes durch Einfrieren auf das Niveau von 1994
- um Monate verzögerte Gehaltserhöhungen
- die unterlassene Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung
- die verdeckte Arbeitszeitverlängerung durch die Vorarbeit der 35-50jährigen
- eine wachsende Zahl außerunterrichtlicher Aufgaben
- die Erhöhung der Kurs- und Klassengrößen
- die mehrfache Kürzung der Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben
- eine steigende Zahl von Konferenzen durch das neue Schulgesetz und sonstiger sich ständig ändernder Vorschriften
- die Arbeit mit längst veralteten Lehrbüchern und Unterrichtsmaterialien
- die Reduzierung des Fortbildungsangebots bei zunehmender Eigenfinanzierung und Terminansetzungen am Nachmittag und am Wochenende
- die Erhöhung der Arbeitsbelastung zum Beispiel durch die Einführung der Abschlussprüfungen an Haupt- und Realschulen mit Projektprüfung und Abschlussarbeiten

Das alles wurde durchgeführt auf dem Hintergrund einer durch die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zunehmenden Anzahl von schwierigen Schülerinnen und Schülern.

Angesichts dieser Situation sind die Pläne der Landregierung ein Schlag ins Gesicht der Lehrerinnen und Lehrer.

Durch die Arbeitserhöhung bei gleichzeitiger Gehaltskürzung werden über 1000 Stellen gestrichen und damit die dringend benötigte Einstellung junger Lehrerinnen und Lehrer verhindert. So kann insbesondere nach PISA die dringend notwendige Qualitätsverbesserung nicht stattfinden.

In Ihrer Presseerklärung haben Sie die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen dargelegt. Leider ist im Verhalten der von Ihnen geführten Landesregierung davon nichts zu spüren. Statt

1. Mai 2003; Jochen Röver,Manfred Tybussek und Christa Rugen (v. l.)

dessen werden Steuergelder in unverantwortlicher Weise verschwendet.

So zum Beispiel

- bei Umstellung auf das System der neuen Verwaltungssteuerung in Verbindung mit der wahnsinnig teuren SAP-Software. Allein die Kosten der Einführung werden auf mindestens 250 Mio. Euro geschätzt und gehen damit weit über die erwarteten Einsparungen bei Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld hinaus. Ein Ende der Kostenspirale ist nicht abzusehen.
- durch die Ausweitung der Anzahl der Mitglieder des Landtagspräsidiums
- der Umbau und die Ausstattung der neuen Staatskanzlei mit Kostenvolumen von ca. 75 Mio. Euro
- der Verkauf von Landesimmobilien weit unter ihrem Wert

Die Beispiele für die Verschwendung von Haushaltsmitteln lassen sich sicher noch um einiges erweitern.

Zahlreiche unabhängige Untersuchungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Lehrkräfte am Rande ihrer Belastungsfähigkeit und teilweise darüber hinaus arbeiten, was auch die erschreckend hohe Zahl an Frühpensionierungen zeigt. Wie unter diesen Bedingungen die auch von Ihnen geforderte Qualität von Schule gehalten und weiter entwickelt werden kann, bleibt Ihr Geheimnis!

Der GPRLL fordert Sie daher auf, für die Sanierung der Staatsfinanzen einen anderen Kurs in der Steuer- und Finanzpolitik einzuschlagen und die angekündigte Kürzung und Streichung der Sonderzuwendungen sowie die Pläne für eine Arbeitszeitverlängerung zurück zu nehmen!

■ Verabschiedet vom Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt für den Landkreis und die Stadt Offenbach am Main am 15.10.02. Das Autorenfoto oben zeigt den Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats Rainer Spatz.

Offener Brief der Vertrauensleute OF-Land: Herr Ministerpräsident Koch, Sie haben Ihre Wählerschaft getäuscht!

Ihre Wahlversprechen im Januar 2003 waren Unterrichtsgarantie und Abbau der besonders belasteten Situation der hessischen Lehrerschaft. Ihre schriftlichen Zusagen vor der Hessenwahl:

- Die CDU ist sich bewusst, dass die Belastung des Lehrerberufs in den vergangenen Jahren gestiegen ist, deshalb müssen die Arbeitsbedingungen verbessert und die Arbeitsbelastungen reduziert werden.

  (aus dem Landtagswahlprogramm 2003)
- Es wird kein Sonderopfer der Beamten geben.

  (Roland Koch)

  Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer ein höheres Ansehen in der Gesellschaft erfährt. Wir wissen um die Bedeutung des Arbeitsplatzes Schule für die Lehrerinnen und Lehrer und prüfen deshalb, wie der Belastung durch differenzierte Lösungen Rechnung getragen werden kann.

  (aus dem Regierungsprogramm vom 28.3.2003)

Jetzt muten Sie der hessischen Lehrerschaft, um Ihren verfahrenen Haushalt zu sanieren, Arbeitszeitverlängerung und Gehaltskürzungen zu. Ihr Hinweis auf die prekäre Finanzlage des Landes und Ihr Appell an die gemeinsame Verantwortung, dass wir uns „gemeinsam den harten Realitäten der Zahlen zu stellen haben“, ist unverschämt. Für die Haushaltssituation sind Sie in hohem Maße verantwortlich. Die Finanzmisere des Landes ist Ergebnis auch Ihrer politischen Entscheidungen.

So bedeutet beispielsweise der politisch betriebene Verzicht auf die Erhebung der Vermögenssteuer einen Verzicht auf die Einnahme von mehreren Milliarden Euro in den letzten Jahren.

Das von Ihnen vorgelegte Sparkonzept ist unsozial und unausgewogen, denn es subventioniert die großen Vermögen zu Lasten der Mehrzahl der Beschäftigten, für die Sie eine besondere Fürsorgepflicht haben.

Entgegen Ihrer am Wohl der Beschäftigten orientierten Erklärung vor der Landtagswahl fordern Sie jetzt eine Erhöhung der Arbeitszeit aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Wir weisen Sie darauf hin, dass die Lehrkräfte schon jetzt am Rande ihrer Belastungsfähigkeit arbeiten. Die Unterrichtsverpflichtung aller Lehrkräfte ist heute wieder so hoch wie vor 50 Jahren, die pädagogischen Ansprüche und Anforderungen haben aber drastisch zugenommen. Unter diesen Bedingungen wird die Unterrichtsqualität leiden.

Darüber hinaus tragen Sie mit der Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst zu einer weiteren Steigerung der Zahl der Arbeitslosen in Hessen bei, statt sie über deutliche Verkürzungen der Arbeitszeit zu senken. Damit nehmen Sie billigend in Kauf, dass im kommenden Schuljahr wegen der erhöhten Arbeitszeit über 1000 junge Referendarinnen und Referendare nach ihrer Ausbildung nicht eingestellt werden.

Mit Ihrem pathetischen Aufruf an unsere Motivation können Sie sich der politischen Verantwortung einer Landesregierung, den Lehrkräften angemessene Arbeitsbedingungen zu stellen, nicht entziehen.

Herr Ministerpräsident, stehen Sie zu Ihrem Wahlversprechen und erinnern Sie sich an Ihre Fürsorgepflicht !

Alles andere werden wir nicht hinnehmen !

■ Offener Brief der GEW-Vertrauensleute der Schulen des Kreises Offenbach vom 24.9.03 an den hessischen Ministerpräsidenten, verantwortlich Manfred Tybussek

Offener Brief aus der Albert-Schweitzer-Schule an Herrn Koch und Frau Wolff

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Frau Kultusministerin,

Das Schuljahr 2003/2004 hat begonnen und schon liegt uns wieder ein Brief von Ihnen an die Eltern vor, in dem die Schulpolitik der Landesregierung gepriesen wird. Im Kollegium der Albert-Schweitzer-Schule stellen wir dagegen fest, dass eine nach der anderen Verschlechterung erfolgt.

In der vorletzten Ferienwoche z.B. war noch nicht klar, welche Lehrer bei uns unterrichten sollten. Ein Angestelltenvertrag, der zunächst für 25 Wochenstunden vorgesehen war, wurde drei Tage vor Ferienende auf 16 Stunden reduziert. Diese Stunden fehlen uns, besonders aber den Schülerinnen und Schülern.

Die vielgepriesene Unterrichtsgarantie bezieht sich lediglich auf den Pflichtunterricht. Dieser wird z.T. durch kurzfristige Angestelltenverträge abgedeckt, was für die Kinder einen häufigen Lehrerwechsel bedeutet und für die Kollegen eine unsichere und unbefriedigende Berufssituation.

Alle Zusatzangebote, wie Ethikunterricht, Informatik, breiteres Fächerangebot im Wahlpflichtunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Klassenlehrerstunden, können wir - in eingeschränkter Form - nur anbieten, weil nahezu alle Kollegen Überstunden leisten, die irgendwann einmal verrechnet werden müssen.

Diese Zusatzangebote aber werden von den Eltern zu Recht nachgefragt und sind zudem, weil wir sie für notwendig erachten, im Schulprogramm festgeschrieben.

Die Albert-Schweitzer-Schule war am 18.11 in Wiesbaden gut vertreten.

Als „normal“ nehmen wir mittlerweile zur Kenntnis, dass die Richtzahl von 30 Schülern pro Klasse nicht nur im Ausnahmefall überschritten wird, sondern dass große Klassen und Oberstufenkurse die Regel sind.

Aber es gibt noch weitere zusätzliche Belastungen: Vergleichsarbeiten, zusätzliche Abiturprüfungen, in zwei Jahren eine auf 12 Jahre komprimierte Gymnasial-Schulzeit mit absehbaren negativen Auswirkungen auf viele Schülerinnen und Schüler.

Ihre Versprechen aber, die Sie vor der Wahl formuliert haben, sind nicht mehr das Papier wert, auf dem sie stehen: „Die CDU ist sich bewusst, dass die Belastung des Lehrerberufs in den vergangenen Jahren gestiegen ist, deshalb müssen die Arbeitsbedingungen verbessert und die Arbeitsbelastungen reduziert werden.“

Diese Versprechen haben Sie nicht gehalten, im Gegenteil verschlechtern Sie unsere Arbeitsbedingungen erheblich!

Vor der Staatskanzlei

Sie behandeln uns Lehrer mit Hilfe des Beamtengesetzes als unterwürfige Staatsdiener. Das ist keine Ausgangsposition dafür, die Qualität der Bildung für die nächste Schülergeneration zu erhalten oder zu verbessern. Dafür brauchen Sie unseren Einsatz und unsere Energie. Behandeln Sie uns gefälligst als Experten in Sachen Bildung!

Mit einer Verlängerung der Arbeitszeit vernichten Sie Arbeitsstellen für junge Kolleginnen und Kollegen und verschlechtern die Unterrichtsqualität!

Deshalb fordern wir unmissverständlich:

- Es muss mehr Stellen für junge Kolleginnen und Kollegen geben!
- Die Arbeitszeit der Lehrer muss verkürzt werden!
- Die Klassen müssen erheblich kleiner werden!

Sollten Sie trotzdem die Arbeitszeitverlängerung gegen diese guten Argumente durchsetzen, werden die Lehrerinnen und Lehrer der ASS sich wehren und Konsequenzen ziehen.

- Wir werden es ablehnen, weiterhin Überstunden zu leisten!
- Wir werden uns am Ausbau unserer Schule zur Ganztagsschule nicht aktiv beteiligen!
- Wir werden am theoretischen Teil unseres Schulprogramms nicht aktiv weiterarbeiten!

■ Beschluss der Personalversammlung der Albert-Schweitzer-Schule, Offenbach, vom 24. September 2003

Widerstand gegen die Verkürzung der Schulzeit im Gymnasialen Bildungsgang ist nötig

Mit der Ankündigung der Landesregierung direkt nach den Sommerferien, im Zuge ihrer Sparmaßnahmen die Arbeitszeit aller Beamten zu erhöhen, ist zu Recht eine Protestwelle ausgelöst worden, aber eine andere geplante Veränderung in den Hintergrund gedrängt worden, nämlich die gymnasiale Schulzeit für die Kinder, die ab 2005 in die 5.Klasse kommen, von 13 auf 12 Jahre zu verkürzen.

Diese Veränderung trifft nicht nur die Gymnasien, sondern macht sich auch in allen anderen Schulformen bemerkbar. Wir müssen uns deshalb gemeinsam dagegen wehren! An keiner Stelle kann Zeit eingespart werden, wenn unsere Schüler optimal gefördert werden sollen.

Die 3-jährige Oberstufe zu straffen, ist nicht vorgesehen. Das ist gut so, denn das würde gerade in der Eingangsstufe vor allem die neu dazu gekommenen Real- und Gesamtschüler treffen.

Die Landesregierung plant, die bisherigen gymnasialen Klassen 5 bis 10 auf die Klassen 5 bis 9 zu verkürzen. Wir können diesen Plänen nicht zustimmen.

Da die Summe der Unterrichtsstunden von 6 Jahren nicht wesentlich verringert werden soll, bedeutet die Verkürzung auf 5 Jahre eine deutliche Erhöhung der Wochenstundenzahl. Die vermehrte Belastung wird nicht nur die Lehrer treffen, sondern auch die Schüler. Die Zahl der Schulversager und -abbrecher wird größer werden. Die Qualität der Ausbildung kann so nicht gesteigert werden.

Durch diese Pläne trennt die CDU-Regierung die verschiedenen Bildungsgänge noch weiter voneinander, als es bis jetzt schon geschehen ist. Die gemeinsamen Stundentafeln hat sie bereits durch schulformbezogene Stundentafeln ersetzt, sowie die gemeinsamen Rahmenpläne durch schulformbezogene Lehrpläne.

Der Übergang in einen Bildungsgang mit höheren Anforderungen ist jetzt schon zwischen Klasse 7 und 10 kaum möglich. In Zukunft wird er in der ganzen Sekundarstufe I völlig blockiert, wenn im Gymnasium die 2.Fremdsprache schon in der 6. Klasse beginnt.

Förderstufen in der 5. und 6.Klasse werden sinnlos, wenn sie keine Kinder mehr ins Gymnasium abgeben können. Die CDU-Landesregierung macht damit die Konzepte der kooperativen Gesamtschulen zunichte. Sie verstärkt die frühe Selektion und Abgrenzung. Auch in der kooperativen Gesamtschule soll der gymnasiale Zweig auf Klasse 5 bis 9 verkürzt werden, sodass der gymnasiale Zweig völlig von den anderen Zweigen abgekoppelt wird. Die wenigen Möglichkeiten für gemeinsames Lernen, z.B. im Wahlpflichtunterricht der Klassen 8,9,10 , werden zerstört. Warum sollten Eltern dann ihre Kinder überhaupt noch auf eine Gesamtschule schicken?

Die einzige Schulform, die nicht angegriffen wird, ist die integrierte Gesamtschule. Hier bleibt die Sekundarstufe I bei den Klassen 5 bis 10, was anders auch gar nicht zu organisieren wäre. Den Gesamtschülern bleibt der Makel der 2.Wahl, es nicht gleich geschafft und ein Jahr länger gebraucht zu haben. Wir sollten Eltern aber ermutigen, ihre Kinder dort anzumelden, um ihnen ein längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen.

In den Kommunen müssen wir auf die Fortführung bzw. Erweiterung der bestehenden integrierten Gesamtschulen drängen. Vermehrte dahingehende Elternwünsche können dies bestärken.

Auch in den Grundschulen wird sich die gymnasiale Schulzeitverkürzung bemerkbar machen, weil die Selektion nach der 4.Klasse noch endgültiger sein wird als bisher.

Lasst uns gemeinsam gegen die Schulzeitverkürzung argumentieren:

Kinder brauchen in der Schule nicht nur Zeit, um Fachwissen anzuhäufen, sondern auch um ihre Persönlichkeit zu entwickeln.

■ Gerda Günther

Sparen auf Kosten Offenbacher Schulen

Der Kreisvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Offenbach-Stadt (GEW) wendet sich mit Empörung gegen die beabsichtigte Versetzung eines Schulpsychologen aus dem Staatlichen Schulamt für den Landkreis Offenbach und die Stadt Offenbach am Main in ein anderes Schulamt.

Die von Ministerpräsident Koch angekündigten Sparmaßnahmen zur Konsolidierung des Landeshaushaltes zeigen schon jetzt beim Personalabbau des schulpsychologischen Dienstes eine erste Konsequenz für die Schulen in Offenbach. Diese beabsichtigte Stellenreduzierung wird zu einer spürbaren Qualitätsminderung des schulpsychologischen Angebotes führen!

Die Folgen:

Weniger Hilfen für Schüler, weniger Unterstützung für Eltern und weniger Beratung für Lehrer!

Während Ministerpräsident Koch nicht müde wird, sich für seine Bildungsinvestitionen und die „Errungenschaften" in der Bildungspolitik zu loben, sieht die Wirklichkeit des Schulalltags in vielen Offenbacher Schulen ganz anders aus. Volle Klassen sowie viele Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten und psychosozialen Problemen bedeuten für die Schulen eine besondere pädagogische Herausforderung. Deshalb ist ein breites Angebot des schulpsychologischen Dienstes uneingeschränkt erforderlich.

Auch die Ergebnisse der PISA – Schuluntersuchung belegen, dass statt Abbau eine Verstärkung des schulpsychologischen Personals notwenig ist.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Offenbach fordert, dass die Situation an den Offenbacher Schulen wegen einer verfehlten Landespolitik nicht zusätzlich belastet und die Versetzung einer Schulpsychologin oder eines Schulpsychologen aus dem Schulamt nicht vollzogen wird.

■ Presseerklärung des GEW-Kreisverbands Offenbach-Stadt vom 2.10.03

PÄDAGOGISCHE ANSICHTEN DES LEITERS DES STAATLICHEN SCHULAMTES DAZU

(Zitat aus der Offenbach Post vom 07.10.03):

„ So gebe es Arbeiten, die ‚nicht unbedingt von einem Psychologen erledigt werden müssen'. Der neue Jurist könnte beispielsweise bestimmte Zuständigkeiten übernehmen."

Noch mehr Arbeit – noch mehr Erkrankungen

Gesundheitsrisiken für Lehrkräfte sind ein wiederkehrendes Thema. Gesetze verbieten schädigende Arbeitssituationen. Seit 1966 müssen alle Arbeitgeber EU-weit die Gesundheitsrisiken jedes Arbeitsplatzes untersuchen lassen und Maßnahmen zur Prävention durchführen. Arbeitgeber, die das Arbeitsschutzgesetz ignorieren, riskieren bis zu einem Jahr Gefängnis. Geschehen ist an unseren Schulen bisher jedoch noch nichts. Die unangenehme Verantwortung für die Gesundheit der Lehrkräfte hat das Kultusministerium an die Schulleitungen abgegeben. Die Staatlichen Schulämter haben lediglich die Aufgabe, die Schulleitungen zu beraten. Das kann man den Schulleiterinnen und Schulleitern gegenüber als ziemlich unfair ansehen.

Das Kultusministerium erhöht nun die Arbeitsbelastungen ständig weiter, derzeit mit zusätzlichen Unterrichtsverpflichtungen. Dabei ist Schlimmeres bereits in Planung. Eine Kommission, die die Lehrerarbeitszeit neu definieren soll, tagt seit diesem Schuljahr. Dabei wird nicht untersucht, wie viel Lehrkräfte tatsächlich arbeiten, um zu gerechten Lösungen zu kommen. Derartige Untersuchungen liegen auch schon vor; Prof. Müller-Limmroth von der TU München hatte bereits 1980 eine Wochenarbeitszeit von 51,3 Std. nach Abzug der Ferien ermittelt. Seitdem sind die Unterrichtsverpflichtungen noch gestiegen; wen kann es da noch wundern, wenn die Kolleginnen und Kollegen mehrheitlich frühpensioniert werden müssen und der kleinste Teil gesund bis zum 65. Lebensjahr durchhält?

In der hessischen Kommission sitzen ausgewählte Personen zusammen, um zu überlegen, wem wie viel Zeit für was angerechnet wird. Zentrale Frage in Sparzeiten: Wo kann man überall abknapsen? Wie viel Zeit wird uns wohl für pädagogische Interventionen, Beratungsgespräche, Elternarbeit zugebilligt werden? Dass derartige Tätigkeiten schon jetzt kaum gewürdigt werden, kann man daraus ersehen, dass an vielen Schulen noch nicht einmal die Beratungslehrertätigkeit mit einer zeitlichen Entlastung anerkannt wird.

In Hamburg hatte die Arbeit einer entsprechenden Kommission eine Mehrarbeit von bis zu 7 Wochenstunden für Lehrkräfte zur Folge. Wie viel Zeit braucht man in der Sek I, um eine Klassenarbeit zu konzipieren? 30 Minuten, mehr gibt's nicht. Und für die Korrektur für eine ganze Klasse bekommt man in der Grundschule 2,5 Stunden angerechnet; in der Oberstufe des Gymnasiums für eine Klausur (Grundkurs) 7 Stunden, bei einer Gesamtarbeitszeit von 46,5 Stunden, denn Ferien werden vorgearbeitet. Im Durchschnitt – so ergab eine GEW-Umfrage – müssen die Kolleginnen und Kollegen 1,8 Stunden mehr arbeiten. Weitere Details der neuen Hamburger Arbeitszeitregelung findet ihr auf unserer Homepage www.gew-offenbach.de unter „Aktuelles". Ähnliches ist auch bei uns zu befürchten, und zwar ab dem nächsten Schuljahr.

Wenn die Landesregierung die Belastungen weiter erhöht, steigen auch die Risiken für unsere Gesundheit. Im Bündnis mit unseren Schulleitungen müssen wir jetzt Verantwortung für unsere Arbeitssituation übernehmen und streichen, was uns krank macht. Wenn wir etwa mit einer Arbeitszeit von 130% überlastet werden

sollen, müssen wir diskutieren, was wir nicht mehr leisten können, wenn wir das Pensionsalter gesund erleben wollen. Hamburgs Lehrkräfte haben bereits Konsequenzen gezogen – seit Beginn dieses Schuljahres dauert Bürokratisches länger, und sportliche und kulturelle Veranstaltungen sowie Klassenfahrten sind ganz gestrichen. Das ist aus pädagogischen Gründen bedauerlich, und vielleicht finden wir andere Lösungen. Wenn weiterhin so brutal mit unserer Gesundheit umgegangen wird, werden wir jedoch nicht umhin kommen zu überlegen, welche Aufgaben in Zukunft hinten anstehen müssen.

- red -

Eltern protestieren bei Frau Wolff

Wir Eltern der IGS Schillerschule protestieren gegen die verheerenden Sparpläne der Landesregierung und die katastrophalen Folgen für unsere Schule.

Wir schließen uns dem landesweiten „Tag der Verweigerung“ am Dienstag, 18.11.03 an, indem wir unsere Kinder an diesem Tag demonstrativ zu Hause lassen.

Wir Eltern hatten Hoffnung, dass sich nach Bekannt werden der Ergebnisse der Pisa-Studie die gesamte Situation an den Schulen verbessern würde.

Durch die vom Kultusministerium verordnete Mehrarbeit der Lehrer/innen ab dem 1.1.04 ergibt sich zwar eine rechnerische Erhöhung der Stundenzahl. Die bei uns dringend benötigten Stunden z.B. in den naturwissenschaftlichen Fächern, Englisch usw. werden damit aber nicht abgedeckt. Neueinstellungen soll es aber nicht mehr geben, ausscheidende Kollegen werden nicht mehr ersetzt.

Zusätzliche Sparmaßnahmen haben die Versetzung eines Offenbacher Schulpsychologen zur Folge. Aber gerade dieses Angebot wird in OF dringend benötigt. Es wird nicht nur von Schülerinnen/Schülern und Eltern genutzt, sondern ist eine immense Hilfe für Lehrerinnen und Lehrer.

Die Arbeit von Psychologen, Sonderpädagogen und Sozialarbeitern muss an jeder Schule, vor allem in Offenbach, ein fester Bestandteil sein, um die Schulgemeinde zu unterstützen.

In unserer Offenbacher Schullandschaft, in der

- 17% der Schüler/innen die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen,
- 50% der Kinder einen Migrationshintergrund haben,
- die Klassen seit Jahren bis zur Höchstgrenze vollgestopft werden,
- die Wiederholung von Klassen (16 % in Hauptschulen, 10% in Realschulen) sehr hoch ist,
- der Abbruch des gymnasialen Bildungsganges enorm hoch ist,sind Sparmaßnahmen fehl am Platz.

Durch diese Sparmaßnahmen produzieren wir die Sozialhilfeempfänger von morgen. Was wir aber wollen sind aber junge Menschen, die mit dem heute erlernten Wissen morgen zurechtkommen.

Jürgen Kluge von McKinsey sagt: „Schulen müssen im Vorfeld wieder die Standardsetzer sein, für das was wir in Zukunft haben werden“. Er sagt weiter, „dass durch Studien belegt ist, dass jeder Euro, der in Bildung investiert wird, sich volkswirtschaftlich mindestens mit 3 – 4 Euro langfristig auszahlen wird. Dies geschieht unter anderem durch weniger Arbeitslose, weniger Jugendkriminalität und weniger Belastung des sozialen Systems.“

Unsere europäischen Nachbarländer und Kanada befinden sich schon auf dem Weg in die Bildungsgesellschaft. Wir stecken in Sachen Bildung noch im Industriezeitalter.

Auch wir wollen, dass unsere Kinder mit Freude die Schule besuchen und nicht wie dies momentan der Fall ist, sich auf Hitzefrei und Stundenausfall freuen.

Deshalb fordern wir:

1. Die Zustimmung zu den vorgelegten Anträgen der Offenbacher Schulen zur Förderung und Betreuung von ganztägigen Angeboten aus den Mitteln der Bundesregierung.
2. Aus den zurückgehaltenen 25% der Bundesmittel zusätzliche Mittel um unsere Situation in Offenbach zu verbessern.
3. Eine Erhöhung der Lehrerzuweisung, damit Förderstunden für starke und noch nicht starke Schülerinnen und Schüler stattfinden können.
4. Eine Erhöhung der Lehrerzuweisung, damit mit kleineren Klassen gearbeitet werden kann.
5. Eine Erhöhung der Lehrerzuweisung, damit Ganztagsschulen für unsere Kinder ein Ort der Förderung und nicht nur ein Ort der Aufbewahrung werden.
6. Gerade in der Offenbacher Situation: Vertretungslehrer! Es ist schade um jedes Kind, das aufgrund fehlender Unterstützung und Förderung und durch Unterrichtsausfall durch das Raster fällt.
7. Es besteht Schulpflicht für jedes Kind. Eine Pflicht für die Erfüllung der festgelegten Stundentafel besteht nicht. Dies muss dringend geändert werden.
8. Durch die Erhöhung der Arbeitszeit sind doppelte Klassenführungen in vollgestopften Klassen der Grundschulen vorprogrammiert. Dies ist ein Desaster für unsere Offenbacher Grundschüler und nicht akzeptabel. Die Produktion von Schulversagern ist vorprogrammiert.
9. Die Einführung und Stärkung von Vorklassen an allen Offenbacher Grundschulen.
10. Mehr Lehrerstunden für die Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und Kindertagesstätten, um Sprachdefizite frühzeitig zu erkennen und im Vorschulalter die Förderung der Kinder zu ermöglichen. Dies ist das Fundament für ihre schulische und berufliche Laufbahn.
11. Die Einstellung von zusätzlichen Sozialarbeitern, Psychologen und Sonderpädagogen für unsere Offenbacher Schulen.

12. Die Einstellung und Zuweisung von Lehrerinnen und Lehrern rechtzeitig vor den Sommerferien, um einen reibungslosen Schulanfang zu garantieren.

In vielen politischen Belangen werden Modelle aus Nordamerika als Vorbild genommen und in unserem Land umgesetzt. Es wird höchste Zeit, dass das Schulmodell aus Kanada (PISA Ergebnis hervorragend) bei uns umgesetzt wird.

Es muss, gerade in Offenbach mehr in Schulen investiert werden. Wir haben keine Lust mehr, schon wieder vertröstet zu werden, wie dies bereits jahrelang der Fall ist.

Unsere Offenbacher Kinder brauchen die Unterstützung jetzt, statt in ein paar Jahren Unterstützung vom Sozialamt.

Wir können vor unseren Kindern nicht vertreten, dass wir zwar Steuern zahlen, aber für eine qualifizierte, kindgerechte Ausbildung kein Geld zur Verfügung steht. Wir können für unsere Kinder nicht akzeptieren, dass Offenbach zu einem sozialen Brennpunkt wird.

■ Für dieses Protestschreiben des Elternbeirats der Offenbacher IGS Schillerschule vom 11.11.03 an Frau Wolff wurde eine Vorlage von Beate Breimer (Elternbeirätin an der Rudolf-Koch-Schule) verwendet. Die Fotos der Autorinnen aus S. 9 zeigen Beate Breimer (links) und Jeanette Dutkowski, Elternbeiratsvorsitzende der Schillerschule.

Demonstration am 18.11 in Wiesbaden

Über 500 Mitglieder in Stadt und Kreis Offenbach hatten schriftlich ihre Streikbereitschaft erklärt. Wesentlich mehr fuhren am 18.11. nach Wiesbaden, auch viele Eltern und Schülerinnen und Schüler machten mit. 14 Busse wurden von den beiden Offenbacher GEW-Kreisverbänden bereitgestellt, um alle mitnehmen zu können.

Auf dem Luisenplatz
Foto: Markus Schmidt

Der hessische GEW-Vorsitzende Jochen Nagel bringt die Proteste auf den Punkt.

Im Sinne Käthe Kollwitz' für Frauenrechte und soziale Gerechtigkeit

Bildbearbeitung: Dr. Gabriele Helfert

Der Luisenplatz - Ort der GEW-Vorkundgebung - war mit mehr als 20.000 Menschen überfüllt.
Foto: Markus Schmidt

Vor der Staatskanzlei, die Koch nicht mehr reicht, weshalb Hessen im nächsten Jahr 80 Millionen Euro zusätzlich ausgibt

Am 18.11. wurden ganz neue Bündnisse geschmiedet.

Volrad Döhner protestiert

Zu klein, um sich zu wehren? - Abwarten! Foto: Markus Schmidt

Der Protest geht weiter!

Aktuelle Informationen unter:

www.gew-offenbach.de
www.gew-hessen.de
www.hessen-kahlschlag.de
www.elternprotest.de
www.kuerzteuchdochselber.de

Zur Problematik hyperaktiven Verhaltens

Unruhe ist ein zunehmendes Problem in Kindergruppen. Schwätzen, Zappeln, Kippeln, mit den Fingern trommeln, vom Stuhl fallen; nicht zuhören, nicht abwarten können, bis andere zu Ende geredet haben, sondern ständig reinplatzen: das macht jede Lernatmosphäre kaputt.

Hier sind nicht nur um einzelne Kinder beteiligt. Natürlich gibt es einige, die immer ganz vorn sind, wenn es um Störungen geht. Aber viele andere steigen darauf ein, und genau das macht es schwierig, die Klasse in diesem Punkt zu „bändigen“. Hören die vorne endlich zu, geht es hinten wieder los. Dieses Phänomen scheint sich immer mehr auszubreiten, in manchen Schulen hat es bereits einen großen Teil der Klassen erfasst.

Es beginnt schon in den Kindertagesstätten. Viele Erzieherinnen und Erzieher kommen nach der Arbeit richtiggehend „fertig“ nach Hause, weil sie ständig überall eingreifen mussten. Viele können den Beruf nur deshalb aushalten, weil sie nur halbtags arbeiten. Ein ganzer Tag im Kindergarten, das halten Erwachsene auf Dauer kaum mehr aus – und das geht vielen Kindern ebenso. Gestört werden hier nämlich nicht nur die Erwachsenen; ebenso werden andere Kinder beim Reden unterbrochen, beim Spiel gestört; durch ungeschicktes Gehampel geht kaputt, was andere gerade gebaut haben, und schon ist der schönste Streit im Gange. Die Unruhe sorgt für Unzufriedenheit und Entzweiung auch unter den Kindern.

Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom

In der öffentlichen Diskussion wird häufig die Zunahme einer Störung für die Ausbreitung der Unruhe in Kindergruppen und Schulklassen verantwortlich gemacht. Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom (ADS), meist in Zusammenhang mit Hyperaktivität (dann als ADHS = Aufmerksamkeitsdefizit- Hyperaktivitätsstörung[1] bezeichnet), wird zunehmend von Kinderärzten diagnostiziert. ADS bedeutet, dass das Kind seine Aufmerksamkeit nicht ausreichend fokussieren kann; damit ist es ständig abgelenkt. Kinder, die ADHS haben, agieren zusätzlich eine starke innere Unruhe unentwegt aus. Damit machen sie nicht nur ihrer Umgebung das Leben häufig regelrecht zur Hölle, auch sie selbst wirken unglücklich und gequält. Gleichzeitig registrieren sie sehr sensibel die Reaktionen anderer Menschen auf sie und sehnen sich nach Anerkennung und Zuwendung. Auch wenn ihr Verhalten stark provoziert, ist es keineswegs als „bösartig“ anzusehen. Wenn das Pädagoginnen oder Pädagogen nicht wissen, können die Schwierigkeiten noch mehr eskalieren.

Hyperaktive Kinder toben und zappeln nicht nur ständig herum, ihre Bewegungen sind auch sehr ungeschickt, also nicht zielgerichtet. Anhaltende Konzentration auf einen Inhalt oder ein Ziel ist ihnen nicht möglich. In der Schule kommt es dadurch nicht nur zu Lernproblemen, sondern auch zu Schwierigkeiten im sozialen Bereich. Die Kinder haben selten Dauerfreundschaften und werden oft zu Außenseitern. Internationalen Studien zufolge sind etwa 7-9% aller Menschen von derartigen Symptomen betroffen.[2]

Diese Einschätzung wird jedoch nicht von allen Fachleuten geteilt, über die Diagnose ADHS wird in Fachkreisen intensiv gestritten. Dabei geht es vor allem um die Fragen, ob unterschiedliche Fälle überhaupt einer einheitlichen Diagnose zugeordnet werden können und welche Ursachen eine Rolle spielen.

Der Sozialmediziner Amft kritisiert die Diagnose ADS, da die Entstehungsgeschichte der Störungsbilder nicht einheitlich sei. Die These, dass hier vor allem Veränderungen in der Gehirnphysiologie ursächlich seien, weist er zurück und rechnet unter Bezug auf unterschiedliche Untersuchungen vor, dass dies nur für einen sehr geringen Teil der entsprechend diagnostizierten Kinder in Frage käme.[3] Er fordert statt dessen, Ursachen im sozialen Kontext zu berücksichtigen.

Der Schweizer Psychologe Marcel Zentner gibt zu bedenken, dass es von der Umgebung abhänge, ob ein derartiges Verhalten von Kindern als Störung empfunden werde: „Ein sehr aktives, impulsives, leicht reizbares fünfjähriges Mädchen wird auf einem Bauernhof unter ihren vier älteren Brüdern kaum auffallen. Dasselbe Mädchen würde aber in einer engen Stadtwohnung, die mit zerbrechlichen Gegenständen angefüllt ist, von ängstlichen Eltern unschwer als ‚gestört’ wahrgenommen werden und eine entsprechende Diagnose (z.B. einer Hyperaktivitätsstörung) riskieren.“[4]

Eine Pathologisierung durch ärztliche Diagnostik kann als problematisch angesehen werden, wenn dadurch das Problem lediglich als individuelles erscheint, das medizinisch zu lösen ist. Die Frage, ob es sich um ein Phänomen handelt, das Folge kultureller Degenerationserscheinungen ist und etwa im Zusammenhang mit einem Mangel an Bewegungsmöglichkeiten und Reizüberflutung betrachtet werden muss, tritt dann in den Hintergrund. Wenn jedoch derartige Faktoren eine Rolle bei der Ausbreitung des Störungsbildes spielen, kann die Problematik insgesamt allein aus medizinischer Sicht weder ursächlich erfasst noch gelöst werden. Amft spricht von ADS als „Symptom einer Krankheit der Gesellschaft“[5].

Die Zunahme der Diagnosen – laut Amft seit 1990 um 2800% [6] – wird von Forschern skeptisch betrachtet, die hirnorganische Störungen nicht als hauptsächliche Ursache ansehen. Sie kritisieren ebenfalls die zunehmende Verschreibung von Ritalin, das die Kinder ruhiger – und damit für ihre Umwelt besser erträglich werden lässt. Dem Heilpädagogen Gerspach zufolge ist der Ritalinverbrauch allein von 1997 bis 2000 um 270% angestiegen[7]. Zu beachten ist dabei, dass das Mittel nicht heilen kann, es wirkt nur, solange es im Körper bleibt. Bei Ritalin handelt es sich um eine Droge; unter ihrem Einfluss werden die Kinder

lediglich vorübergehend ruhiger und konzentrierter.

Allerdings ist ebenfalls zu beachten, dass viele Kinder mit der unter „ADHS“ zusammengefassten Symptomatik starke Störungen aufweisen, die auch auf Bauernhöfen zu massiven Problemen führen würden – und diese Kinder mit ihrer Problematik selbst sehr unglücklich sind. Unheilvolle Eskalationen sind die Folge, wenn alle nur noch abgenervt sind und auch die Eltern einfach nicht mehr können. Die Gabe von Ritalin kann dann dazu beitragen, dass das Kind Beziehungserfahrungen und Lernfortschritte machen kann, die ihm vorher nicht möglich waren. Vor diesem Hintergrund kann die Verschreibung im Einzelfall durchaus sinnvoll sein. Sie pauschal zu verdammen, hieße, die große Not, die mit diesem Störungsbild verbunden sein kann, zu ignorieren. Insgesamt macht jedoch die Verbreitung dieser Behandlungsmethode unsere Hilflosigkeit im Umgang mit der Störung deutlich. Zu ergänzen ist, dass es eine Vielzahl weiterer therapeutischer Möglichkeiten gibt, die zur Linderung der Problematik beitragen können. Viele sind sie mit Erarbeitung und Übungen auf körperlicher Ebene verbunden. Die meisten erfordern sehr viel Geduld und sind recht aufwändig. Schnelle Besserung ist dabei nicht zu erwarten

Probleme verstärken sich

Es ist nicht möglich, auf die vielen Fragen, die mit den Störungsbildern, die in Zusammenhang mit ADHS genannt werden, eine einfache Antwort zu geben. Auch in Fachkreisen wird hier sehr intensiv gestritten. Zu bemerken ist jedoch, dass die Probleme häufig potenzieren. Viele Kinder kommen bereits mit einer großen Unruhe zur Welt, man spricht hier von „Schreibabies“. Ihre Unruhe geht oft einher mit anhaltenden Schlafstörungen, was sich auf die Eltern auswirkt. Sorgenvolle, unausgeschlafene Eltern, steigern wiederum die Unruhe zu Hause – und das wirkt natürlich auf die Kinder zurück.

„ADHS“-Kinder können nicht in demselben Maße wie andere Vertrauen zu anderen Menschen aufbauen, Beziehungen erfahren und dadurch ihr Sozialverhalten entwickeln. Man kann keinen Kontakt vertiefen, wenn man ständig nach links oder rechts schaut bzw. wegläuft. Ihre motorische Ungeschicklichkeit führt zu Schwierigkeiten in der Verständigung. Schließlich läuft ein Großteil unserer Kommunikation über Gestik und Mimik ab. Vielfach fühlen sich andere provoziert, wo sie einfach nur tollpatschig sind. So schlägt ihnen oft Ablehnung oder Misstrauen entgegen. Und das trägt ebenfalls dazu bei, ihre innere Unruhe zu verstärken.

Wenn die Kinder Schwierigkeiten haben, ihre Aufmerksamkeit zu fokussieren, ständig abgelenkt sind, bedeutet das auch, dass sie nicht durch die hartnäckige Beschäftigung mit einer Aufgabe oder Frage dazulernen können. So entgehen ihnen die Erfolgserlebnisse und die Gefühle von zunehmender Selbstsicherheit, die durch Lernfortschritte erzielt werden. Dabei wären dies Faktoren, die zur Ausbreitung innerer Stabilität beitragen könnten.

So verstärken sich die Probleme. Auch wer von einer körperlichen Ursache ausgeht, kann sehen, dass psychische dazu kommen. Mangelhaftes Selbstwertgefühl spielt eine zentrale Rolle. Auf Kritik oder schwierige Anforderungen reagieren die Kinder oft mit besonderer Unruhe bis hin zu „Tobsuchtanfällen“. So zu reagieren, bedeutet auch, so wenig überzeugt von sich selbst zu sein, dass man keine Konfrontation mit eigener Schwäche ertragen kann.

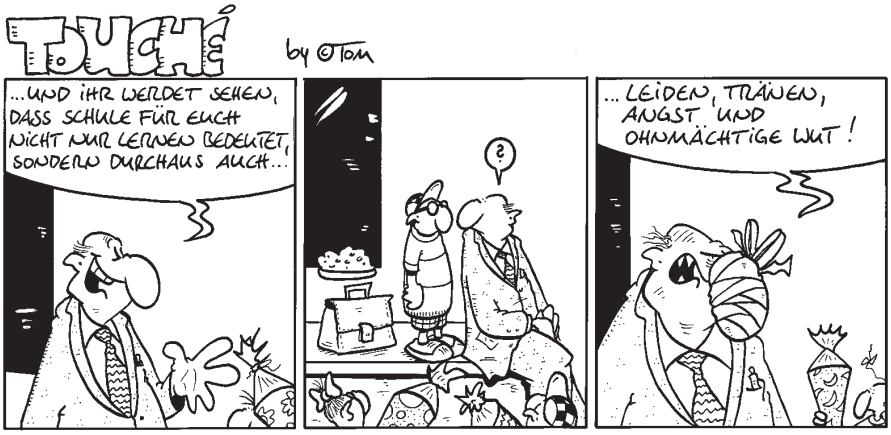
Die geschilderten psychischen Probleme bedürfen der Behandlung, indem Beziehungsarbeit geleistet wird und Möglichkeiten zum Nachholen der fehlenden Entwicklungsschritte angeboten werden. Hier kommen vor allem therapeutische Angebote in Frage, die mit Bewegung, Spiel und kreativen Mitteln arbeiten. Was die Kinder vor allem brauchen, sind Bezugspersonen, die es schaffen, sie zu lieben trotz all der Unruhe, die sie verbreiten, und sich nicht von ihrer Hektik anstecken lassen. Schnelle Erfolge sind jedoch nicht zu erwarten, sehr viel Geduld ist von Nöten.

Defizite in der kindlichen Entwicklung

Selbst wenn man – wie oben zitiert – davon ausgeht, 7 bis 9% aller Menschen seinen von ADS betroffen und dann einen gewissen Prozentsatz abrechnet für Personen, die nicht gleichzeitig durch ihre Hypermotorik auffallen, bedeutet dies, dass in einer Schulklasse nicht mehr als 1-2 Kinder im Durchschnitt davon betroffen sind. Diese können zwar im konkreten Fall für ein erhebliches Maß an Unruhe sorgen, der Rest der Kinder wäre jedoch anders strukturiert. Tatsächlich aber stören und zappeln in Kindertagesstätten und Schulen nicht nur Kinder, bei denen ADHS diagnostiziert wurde. Unruhe breitet sich in unseren Einrichtungen überhaupt aus. Die Kinder mit einer ADHS-Diagnose sind dabei eher als Spitze eines Eisbergs zu betrachten; es scheint sich um ein Phänomen zu handeln, dass sehr viel umfassender ist. Um Kinder, bei denen ärztlicherseits keine derartige Erkrankung diagnostiziert wurde, die aber ebenfalls durch Unruhe, Impulsivität und ungebremste und ungesteuerte Motorik auffallen, soll es nun gehen. Dabei soll auch nach möglichen Ursachen und Zusammenhängen gesucht werden.

Eine Welt voller Unruhe

Vergegenwärtigen wir uns dabei, dass Hektik, Unruhe und eine immer kürzere Fokussierung von Aufmerksamkeit für unsere Kultur überhaupt typisch sind. Ich erinnere mich an die Rückkehr von einem mehrwöchigen Afrika-Aufenthalt vor einigen Jahren. Dort hatte ich mich in einer noch wenig entwickelten ländlichen Umgebung erholt, in der eher Eselkarren als Autos das Straßenbild prägten. Die Rückkehr erfolgte über Paris. Die Fahrt zum Bahnhof mit der Metro werde ich nicht vergessen. Alle überholten mich, rasten an mir vorbei, selbst auf den Rolltreppen blieb niemand stehen, alle rannten weiter, obwohl sie doch gefahren wurden, so kam es mir jedenfalls vor. Ich war überwältigt von dieser Hektik. Die war ich einfach nicht mehr gewöhnt; auf den Straßen musste ich springen, um nicht überfahren zu werden. Nach einigen Wochen in Frankfurt fuhr ich wieder nach Paris. Jetzt fand ich das Tempo ganz normal, so war ich es von zu



Hause wieder gewöhnt. Das langsamere Tempo in dem afrikanischen Dorf ist gleichzusetzen mit Geschwindigkeiten, die bei uns vor vielen Jahrzehnten üblich waren und in ganz wenigen Residuen, in denen wir zur Rekonvaleszenz Zuflucht nehmen, auch noch sind. Alles muss immer schneller gehen, immer mehr und neue Reize wollen beachtet werden: dies gilt für eine Vielzahl von Arbeitsplätzen ebenso wie für Orte der Konsumption, Werbung, Fernsehen usw. Kinofilme, die wir in den 70er Jahren noch aufregend fanden, wirken heute oftmals langatmig. Ständig steigert sich das Tempo – und das hat negative Auswirkungen auch auf die Ruhe, die wir in uns selbst empfinden. So sollte es uns nicht zu sehr erstaunen, wenn diese Erscheinung auch unsere Kinder betrifft.

Innehalten, reflektieren, verarbeiten – dazu ist oft zu wenig Zeit. Dabei handelt es sich gerade dabei um eine wichtige Voraussetzung für Reifungsprozesse. Zusätzlich ergibt sich die Schwierigkeit, dass die Räume für kindliche Bewegung in unserer Welt immer mehr eingeschränkt werden. Kinder verarbeiten ihre Erlebnisse jedoch vorwiegend in bewegtem Spiel. Die Möglichkeiten dafür sind in der häuslichen Umgebung oft reduziert. Dies drückt sich auch in der verzögerten körperlichen Entwicklung vieler Kinder aus, Koordinations- und Haltungsschwächen sind bei uns zur Regel geworden.[8]

Fragmentierung

Ein Übermaß an äußeren Reizen und die Einschränkung der Möglichkeiten, sie zu verarbeiten, hat Folgen. Immer mehr Kindern mangelt es an der Fähigkeit, sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit auf eine Sache voll und ganz zu konzentrieren. Innere und äußere Reize lenken sie sofort ab, sie sind ihnen hilflos ausgeliefert. Was die Fokussierung ihrer Aufmerksamkeit und ihre Koordination betrifft, stehen sie auf der Stufe von Kleinkindern. Sie können ihre Wahrnehmung nicht auf ein Ziel konzentrieren und kognitiv verarbeiten, Entscheidungen treffen und gezielt reagieren. Oft weiß der Verstand nicht wirklich, was die Füße gerade tun; sie scheinen sich quasi selbstständig zu machen, wenn sie so hin und her zappeln. Kognition und Motorik scheinen auseinander zu fallen, die kindliche Psyche weist Tendenzen zur Fragmentierung auf. Damit verbunden ist ein Verlust von Funktion, Bedeutung und Sinn. Der Psychoanalytiker Ernest Wolf, Mitarbeiter von Heinz Kohut, beschreibt das Selbsterleben in diesem Zustand als ängstlich, launisch, leer, unkonzentriert oder desorganisiert. Fragmentierung bedeutet ihm zufolge, „dass Teile der eigenen Selbsterfahrung scheinbar nicht mehr koordiniert sind und zusammenpassen.“[9]

Die Gefahr einer Fragmentierung wird als sehr bedrohlich empfunden[10]. Derartige Gefühle können motorische Energie als Abwehr mobilisieren. Wir alle kennen motorische Reaktionen auf bedrohliche Situationen: Wir werden unruhig, beginnen, nervös hin- und her zu laufen, mit den Fingern auf dem Tisch zu trommeln, ohne das überhaupt zu bemerken usw. Bei den oben beschriebenen Kindern wird ihr hyperaktives Verhalten so noch einmal verstärkt. Wenn dies wiederum das Gefühl der Bedrohung verstärkt, kann hier ein Teufelskreis einsetzen.

Angebote zur Nachreifung

Entwicklung kann nachgeholt werden. Zu beachten ist, dass es sich hier nicht allein um Entwicklungsverzögerungen im motorische Bereich handelt, sondern vor allem auch die psychische Problematik berücksichtigt werden muss. Eine emotionale Stabilisierung durch eigene Erfolgserlebnisse und die Erfahrung von Zuwendung steht dabei im Vordergrund. Hierzu können nicht nur Eltern, Verwandte und Freunde wertvolle Beiträge, sondern auch wir Pädagoginnen und Pädagogen. Zusätzlich können vielfältige therapeutische Angebote genutzt werden.

Der Motologe Ernst J. Kiphard entwickelte die Psychomotorik, die zunächst im Behindertenbereich eingesetzt wurde, aber inzwischen auch Einzug in Kindertagesstätten und Schulen gehalten hat. Durch körperliche Übungen werden Balance, Körperschema und Lateralität gefördert. Dabei geht es aber nicht nur um die Verbesserung der motorischen Leistungsfähigkeit, sondern vor allem um die Persönlichkeitsentwicklung und Handlungskompetenz.[11] Kiphard geht von einem herabgesetzten Aktivierungsniveau des Zentralnervensystems hyperaktiver Kinder aus und versteht in diesem Zusammenhang ihre ungebremste Motorik als Eigenstimulation. Bei seinen Beobachtungen registrierte er vor allem eine Vielzahl von Dreh- und Kippbewegungen, die den Gleichgewichtsapparat trainieren. Er schreibt: „Wenn hyperaktive Kinder eine besondere Vorliebe für alle möglichen Körperdrehungen, für Hüpfen, Wippen und Schaukeln zeigen, so tun sie damit nichts anderes, als ihrem unzureichend funktionierenden und reagierenden vestibulären System

entsprechend starke Reize zuzuführen.“[12] Er folgert daraus, dass ihrem Bewegungsdrang eben nicht – etwa durch Verbote – Einhalt geboten werden darf, vielmehr sollten ihre Bemühungen durch entsprechende Angebote unterstützt werden. Ihr Hunger nach vestibulären (= den Gleichgewichtssinn betreffenden) Reizen soll durch Geräte wie Rollbretter, Wippen, Schaukeln, Trampolin usw. therapeutisch genutzt werden. Dadurch wird eine Verbesserung ihrer Körperkontrolle angestrebt. In weiteren Schritten sollen dann die wilden Bewegungen in systematischere Bahnen gelenkt werden, um Bremsvorgänge und Bewegungssteuerung einzuüben. So kann beispielsweise Autofahren gespielt werden, und dabei werden dann die Bremsen ausprobiert. Bewegungssteuerung lässt sich durch Slalomläufe um aufgestellte Kegel üben. Das Trampolinspringen erfordert eine kontrolliertes Einsetzen der eigenen Körperkraft; wer zu kräftig springt, wird neben dem Gerät landen. Übungen mit geschlossenen Augen dienen der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit. Das Übermaß an visuellen Reizen wird ausgeschaltet, Sinneserfahrungen, die auf dem Tast- und dem Hörsinn basieren, stehen im Vordergrund. Auch Entspannungsübungen und Phantasiereisen können eingesetzt werden. Erst in einem weiteren Schritt lernen die Kinder, zwischen Wahrnehmung und Reaktion eine Pause einzulegen, in der sie ihre Handlung bedenken. Die Verbalisierung von Handlungsmöglichkeiten kann am Ende eines psychomotorischen Trainings stehen.

Kiphard hält es für wesentlich, das Selbstwertgefühl der Kinder, die durch ihr Verhalten viel Ablehnung erfahren haben, zu stärken. Er geht davon aus, dass sie sich nach Verständnis und Liebe sehnen. Schuldgefühle müssen abgebaut werden. Ein Gelingen der erzieherischen Bemühungen ist davon abhängig, dass den Kindern Akzeptanz und Zuneigung entgegengebracht wird. Statt Ermahnungen und Einschränkungen soll ihnen Bewegung ausdrücklich erlaubt werden. Alle Übungen müssen in einen lustbetonten spielerischen Zusammenhang eingebettet werden.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt das heilpädagogische Bewegungskonzept Marianne Frostigs. Ergotherapie, Musiktherapie und Eurythmie bieten sich weiter an. Das Aufarbeiten seelischer Konflikte in einer Spieltherapie dient der Integration im psychischen Bereich. Auch die Arbeit mit Darstellendem Spiel und kreative Betätigungen haben hier einen hohen Stellenwert. All dies erfordert viel Mühe und Geduld; Reifung braucht Zeit. Viel Wert sollte aber vor allem darauf gelegt werden, die Entwicklungsbedingungen für Kinder so zu gestalten, dass derartige Reifungsmöglichkeiten nicht auf therapeutische und heilpädagogische Zusammenhänge beschränkt bleiben.

Die Situation an unseren Schulen

Die Situation an Schulen ist nun in der Regel nicht so, dass Möglichkeiten wie die, die Kiphard nutzt, zur Verfügung stehen. Unterricht bedeutet in hohem Maß, still zu sitzen, Bewegungsmöglichkeiten gibt es meist nur in der Pause und im Sportunterricht. Angebote, die einem unterschiedlichen Entwicklungsstand gerecht werden, sind nur eingeschränkt realisierbar, wo einheitliche Standards eingehalten werden müssen. Auch wo es vordringlich um die Stärkung des Selbstwertgefühls geht, weist die Organisation der Schule strukturelle Probleme auf. Individuelle Kontakte zur erwachsenen Bezugsperson sind eingeschränkt durch die Größe der Klassen. Erlebnisse damit, dem Leistungsdruck nicht standhalten zu können, sorgen für zusätzliche Verunsicherung.

Schule kann wenig zur Nachreifung beitragen. Wenn alle in einem festen Zeitrahmen dasselbe lernen müssen, ist für ein Eingehen auf individuelle Entwicklungsverzögerungen strukturell kein Raum vorgesehen. Schule wird sich verändern müssen, wenn derartige Probleme sich ausbreiten, oder irgendwann überhaupt nicht mehr funktionieren. In manchen Klassen ist es ja schon soweit, daran können starre Lehrpläne und Vergleichsarbeiten überhaupt nichts ändern.

Die Frage, was im Einzelfall getan werden kann, ist in diesem Zusammenhang nicht einfach zu beantworten. Deutlich wird jedoch, dass Kinder, die eine große Unruhe ausagieren, dringend auf das Verständnis und die Zuneigung ihrer Lehrkräfte angewiesen sind. Diese sollten ebenfalls versuchen, Verständnis für das Verhalten der Kinder bei den Mitschülerinnen und Mitschülern zu wecken, was sich zur Gratwanderung entwickeln kann, wenn diese das als Erlaubnis nehmen, ebenfalls „auszuflippen“. Eine gute Zusammenarbeit mit den Eltern, die der Schule häufig misstrauisch gegenüberstehen, kann weiter zur Entspannung beitragen.

Das alles erfordert nicht nur einen besonderen Aufwand, den Lehrkräfte ohne jede Entlastung nur begrenzt zu leisten im Stande sind. Oft bestehen auch direkte Widersprüche zwischen verschiedenen Anforderungen. Wenn ich jetzt mit der Klasse die Klassensituation thematisiere, kann ich nicht gleichzeitig die vorgesehene Mathelektion erteilen. Im Konfliktfall sind manchmal Entscheidungen nicht zu vermeiden, die das Wohl der Kinder höher werten als die genaue Einhaltung von Verordnungen und Erlassen. Schulleitungen sind aufgefordert, hier nicht nur Unterstützung zu leisten, sondern sich mit uns für eine Veränderung der Schule zu einer Institution einzusetzen, die auch Kindern Chancen bietet, die in keine Norm mehr passen.

■ Michael Köditz

Literaturnachweis

1 *Früher wurde von zwei getrennten Störungsbildern ADS (Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom) und HKS (Hyperkinetisches Syndrom) ausgegangen. Aufgrund des häufigen gemeinsamen Auftretens beider Störungsbilder entwickelte sich der Begriff ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit- Hyperaktivitätsstörung).*

2 *Staatliches Schulamt für den Landkreis Offenbach und die Stadt Offenbach am Main (Hg.), Verhaltensauffällig – Schülerproblem oder Schulproblem?, Offenbach 2001, S. 20.*

3 *Hartmut Amft, Die ADS-Problematik aus der Perspektive einer ganzheitlichen Medizin; in: Amft, Gerspach, Mattner, Kinder mit gestörter Aufmerksamkeit – ADS als Herausforderung für Pädagogik und Therapie, Stuttgart, Berlin, Köln 2002, S. 49 f.*

4 *Marcel R. Zentner, Passung – eine neue Sichtweise psychischer Entwicklung – Die Entwicklung des Kindes aus der Perspektive moderner Temperamentforschung und ihrer Anwendungen, in: Hilarion G. Petzold (Hg.), Frühe Schädigungen – späte Folgen? Psychotherapie und Babyforschung – Band I, Paderborn 1997, S. 170.*

5 *Hartmut Amft, a.a.O., S. 109*

6 *Hartmut Amft u.a., a.a.O., S. 43.*

7 *Dieter Mattner, Zur Biologisierung abweichenden kindlichen Verhaltens, in: Amft, Gerspach, Mattner, a.a.O., S. 13.*

8 *Ernst J. Kiphard, Psychomotorik in Praxis und Theorie – Ausgewählte Themen der Motopädagogik und Mototherapie, Dortmund 1994, S. 143 ff.*

9 *Ernest S. Wolf, Theorie und Praxis der psychoanalytischen Selbstpsychologie, Frankfurt/Main 1998, S. 29.*

10 *Ebenda, S. 61.*

11 *Vgl. Kiphard, a.a.O., S. 13.*

12 *Ebenda, S. 157. Die weitere Darstellung folgt seinen Ausführungen auf S. 158 f.*

Wie GATS die Bildung ruiniert oder: EDISON macht das Licht aus

Fragen Sie mal in Ihrem Umkreis nach GATS! Die meisten können damit nichts anfangen. Und es handelt sich um eine fundamentale Bedrohung unserer Vorstellungen und unserer Praxis von Bildung!

Man muss schon in den hinteren Seiten stöbern um in der Presse Information zu finden. So schreibt die ZEIT am 17.August auf Seite 27:

„Erste Anzeichen von Veränderungen finden sich im Gang hinter dem Schultor. Da hängen, hübsch gerahmt, Benimmregeln: Hände an die Hosennaht, Augen nach vorn gerichtet, Lippen geschlossen, langsam gehen. So ein Bekenntnis zur Ordnung gab es vor einem Jahr noch nicht, als hier – *den Philadelphia Daily News zufolge* – ‚das kühnste Experiment in der Geschichte des großstädtischen Bildungswesens in Amerika' begann. ...Jede Woche arbeitet die Schulleiterin daran, dass den Lehrern Zahlen zur Verfügung stehen. Zahlen, wie ihre Schüler im Vergleich zu anderen Klassen stehen. Zahlen über Mathe. Zahlen über Englisch. Zahlen über jeden einzelnen Schüler. So viel Zahlen wie nie zuvor, ständig frisch, damit jeder Lehrer genau weiß, wie weit seine Zöglinge... Jill Coffey fühlt sich als Teil eines riesigen Laborversuches. Edison probiere aus, ob ‚eine einzige Größe für alle' passen könne. Die Firma bestehe einfach auf der eigenen Methode: Mach's wie ich, oder du kannst gehen.' Darum geht Coffey, eine gestandene Lehrerin von Mitte 50, zerrieben im Privatisierungskampf." (www.zeit.de/2003/34/philadelphia)

Diese Schule ist eine von 20, welche die Stadt Philadelphia der kommerziellen Firma EDISON AG übergeben hat.

Und sie könnte exemplarisch für das sein, was uns mit GATS ins Schulhaus steht. Denn das *general agreement on trade in services*, eine Unterabteilung der WTO seit 1994, will weltweit alle Dienstleistungen zuerst liberalisieren, also für die kommerzielle Vermarktung aufschließen, und danach privatisieren.

Im Klartext heißt das, dass neben den bislang marktgängigen Dienstleistungen wie z.B. Telekommunikation, Tourismus oder Transporte, die uns schon lange durch global player bekannt sind (Telecom, TUI, Deutsche Post), auch alle weiteren vermarktet werden sollen. Und das sind die für die Daseinsvorsorge der Bürgerschaft klassischen staatlichen Dienstleistungen: Wasserversorgung, öffentliche Verkehrsmittel usw. aber auch das Bildungswesen!

Da das gesamte Privatisierungsvorhaben als wirtschaftliches Politikum gehandhabt wird, also auch Bildung und Erziehung einschließt, wird es im Rahmen des EU-Handelskommissariats gegenüber dem globalen GATS vertreten. Weder ein Kultusministerium noch überhaupt eine nationale Instanz hat hier Einfluss auf Entscheidungen. Der Bundestag hatte schon 1995 ohne viel Aufhebens seine Mitwirkung an die EU abgetreten und die dort mit GATS ausgehandelten Beschlüsse haben mindestens 10 Jahre Gültigkeit.

Die Schulen in Philadelphia wurden von einer weltweit agierenden Aktiengesellschaft übernommen, aber diese Art von Privatisierung ist keineswegs das erkennbar erste Ziel von GATS. Diesem geht es zuerst um eine Liberalisierung in dem Sinne, dass Bildungs*produkte* über die nationalen Grenzen hinweg frei gehandelt werden. Das klingt vernünftig, ist aber im Detail höchst fragwürdig, denn so könnte sich Hessen die gesuchten *Qualitätsstandards* und Tests in den USA oder Indien einkaufen. Indessen ist noch ein zweiter Sprengsatz damit eingebaut, dass Anbieter die gleiche Förderung vom Staat erhalten müssen – oder alle nichts erhalten. Staatliche Kulturförderung für Theater, Museen usw. würden damit genau so zur Disposition gestellt wie die Finanzierung von Schulen, Universitäten oder Bibliotheken.

Sieht man die Handelsliberalisierung und die finanzielle Gleichstellung von Privaten mit den staatlichen Angeboten im Zusammenhang, so ist

Auf einer Mitgliederversammlung beider Offenbacher GEW-Kreisverbände erläutert Prof. Huffschmid Hintergründe der Wirtschafts- und Sozialpolitik; Ruth Storn, Manfred Tybussek, Jörg Huffschmid(v. l.)

zu vermuten, dass die Standards der Bildungseinrichtungen nicht mehr von demokratisch legitimierten Organen sondern von weltweit agierenden kommerziellen Anbietern bestimmt werden. Der konservative Südtiroler Kultusminister Hosp sieht das so: „Das würde letztendlich zu einer Art Disneyisierung führen. Man kann im Europa der Regionen .... nicht zulassen, dass der Kultur- und Bildungsbereich einer ausschließlich reinen Wirtschaftslogik unterworfen wird."

ATTAC-Österreich nennt 7 Gründe gegen GATS:

1. Falscher Ansatz: GATS fragt nicht nach der Verbesserung der essentiellen Dienstleistungen, sondern :Wie kann ich den Konzernen neue Absatzmärkte und neue Profitsektoren erschließen?
2. Angriff auf die Demokratie: Die Gestaltungsspielräume der Parlamente werden eingeschränkt und die Nichtbehinderung des Freihandels wird über die Verfassung gestellt; so muss sich z.B. der Umweltschutz dem freien Warenverkehr unterordnen.
3. Daseinsvorsorge ist in Gefahr: Beispiele aus den USA und Großbritannien zeigen, dass die Privatisierung von Gesundheit, Energie, Bildung usw. zur Verschlechterung und Verteuerung der Dienstleistungen führen.
4. GATS vertieft die Nord-Süd-Kluft, es ebnet den Weg für eine neue Kolonialisierungswelle, weil die Stärkeren sich im freien Wettbewerb durchsetzen werden.
5. GATS verschlechtert weltweit die Situation der Frauen, da Frauen im Dienstleistungssektor überproportional vertreten und damit der globalen Verschärfung der Konkurrenz stärker ausgesetzt sind.
6. GATS ist unvereinbar mit nachhaltiger Entwicklung, da Umweltschutz oder Arbeitsrecht als „handelsfern" gelten und dem Freihandel untergeordnet werden.
7. Geheimverhandlungen: Es ist für eine Demokratie unverzeihlich, dass so weitreichende globale Wirtschaftsverhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden. Die minimale Präsenz von GATS in den öffentlichen Medien ist ihr bester Schutz vor Kritik und Widerstand.

(www. stoppgats.at)

Auch die GEW hat sich auf Bundesebene mit den möglichen Folgen von GATS beschäftigt und beschlossen:

- Die GEW vertritt die Forderung des DGB nach *Herausnahme des Bildungsbereichs* aus den GATS-Verhandlungen.
- Die GEW fordert Regierung und EU-Kommission auf, eine unabhängige Untersuchung zur *Folgeabschätzung bereits unternommener und potentieller Liberalisierungen* im Bereich Bildung in Auftrag zu geben.
- Die GEW fordert *Transparenz in den Verhandlungen* und die Einbeziehung der Gewerkschaften in den Beratungsprozess.

■ Wolfgang Christian

Der alte Großvater und sein Enkel

Ein Märchen für alle, die alten Leuten finanzielle Unterstützung und medizinische Versorgung entziehen wollen

Es war einmal ein steinalter Mann, dem waren die Augen trüb geworden, die Ohren taub, und die Knie zitterten ihm. Wenn er nun bei Tische saß und den Löffel kaum halten konnte, schüttete er Suppe auf das Tischtuch, und es floss ihm auch etwas wieder aus dem Mund. Sein Sohn und dessen Frau ekelten sich davor, und deswegen musste sich der alte Großvater endlich hinter den Ofen in die Ecke setzen, und sie gaben ihm sein Essen in ein irdenes Schüsselchen und noch dazu nicht einmal satt; da sah er betrübt nach dem Tisch und die Augen wurden ihm naß. Einmal auch konnten seine zittrigen Hände das Schüsselchen nicht festhalten, es fiel zur Erde und zerbrach. Die junge Frau schalt, er sagte nichts und seufzte nur. Da kaufte sie ihm ein hölzernes Schüsselchen für ein paar Heller, daraus mußte er nun essen. Wie sie da so sitzen, so trägt der kleine Enkel von vier Jahren auf der Erde kleine Brettlein zusammen. „Was machst du da ?" fragte der Vater. „Ich mache ein Tröglein", antwortete das Kind, „daraus sollen Vater und Mutter essen, wenn ich groß bin". Da sahen sich Mann und Frau eine Weile an Fingen endlich an zu weinen, holten alsofort den alten Großvater an den Tisch und ließen ihn von nun an immer mitessen, sagten auch nichts, wenn er ein wenig verschüttete.

■ Gebrüder Grimm

Gegen Sozialabbau protestierten 45.000 Menschen am 18.11. in Wiesbaden

Nebensache Mensch – über die Hintergründe der Arbeitslosigkeit

Prof. Rainer Roth, der Offenbacher GEW-Mitgliedern von Mitgliederversammlungen bekannt ist, hat ein Buch über die Hintergründe der Arbeitslosigkeit geschrieben, das nicht nur für Gewerkschaftler hoch interessant ist. Es ist 2003 in Frankfurt erschienen (ISBN 3-932246-39X). Es folgt ein Auszug aus dem Vorwort:

Im Februar 2003 waren 4,7 Millionen Menschen beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet. Für sie standen 390.000 offene Stellen bereit.

Arbeitgeberverbände und Bundesregierung haben die Lösung:

- Das Problem Arbeitslosigkeit muss durch die Senkung der Arbeitslosenunterstützungen angegangen werden.
- Dadurch sollen die 4,7 Millionen Arbeitslosen einen Anreiz bekommen, die 390.000 offenen Stellen zu besetzen.
- Das Problem Arbeitslosigkeit muss ferner durch Lohnsenkungen angegangen werden. Dadurch sollen Unternehmen einen Anreiz bekommen, mehr Stellen anzubieten bzw. Arbeitslose einzustellen.

Sind Löhne und Sozialleistungen nur niedrig genug, so die vorherrschende Meinung, kann die Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Die LohnarbeiterInnen, ob beschäftigt oder arbeitslos, wehren sich gegen die Senkung ihres Lebensstandards. Deshalb sehen die Manager aus Wirtschaft und Politik in ihnen die Ursache aller Probleme. Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland hat in den Augen der Herrschenden kläglich versagt.

Der technische Fortschritt führt zu phantastischen Möglichkeiten, die Arbeitszeit zu verkürzen. Was sind die Gründe dafür, dass der technische Fortschritt wachsende Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit hervorbringt?

Der Reichtum, den die LohnarbeiterInnen erzeugen, wächst. Warum haben sie immer weniger davon? Wofür und für wen müssen sie Opfer bringen?

Millionen LohnarbeiterInnen bringen täglich die Leistung, die von ihnen verlangt wird und noch mehr. Wieso kommt es dennoch zu gewaltigen Wirtschaftskrisen, in denen wieder abgebaut wird, was sie eben erst mit ihrer Energie und ihrer Kreativität aufgebaut haben?

Das Produkt vergangener Arbeit sind Tausende Milliarden Euro an Kapital. Diejenigen, die das Kapital besitzen und/oder darüber verfügen, können unter Eid beschwören, dass sie mit dem Problem Arbeitslosigkeit nichts zu tun haben. Sie haben immer ein Alibi. Sie klagen die LohnarbeiterInnen an, mit ihrer Anspruchsmentalität alle Probleme verursacht zu haben. Und insbesondere die Arbeitslosen selbst. Folglich sollen sie auch für das zahlen, was sie angerichtet haben.

Das Buch hat einen einzigen Zweck:

Es will nachweisen, dass nicht LohnarbeiterInnen und Arbeitslose für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sind, sondern das Kapital. Und es will nachweisen, dass die Lösung des Problems nicht darin liegen kann, dass die LohnarbeiterInnen sich unter der Leitung von Gewerkschaftsfunktionären selbst bekämpfen. Arbeitslosigkeit bedeutet eine ungeheuere Verschwendung menschlicher Energien. Die Wirtschaftsordnung, die solche Probleme erzeugt, steht selbst auf dem Prüfstand.

Die Zusammenhänge, in denen die Arbeitslosigkeit steht, sind hoch kompliziert. Mit dem Buch versuche ich, ein Raster zu entwickeln, in das die ungeheuere Flut der Informationen eingeordnet werden kann. Dennoch ist jedes Kapitel wiederum in sich abgeschlossen. Sie können deshalb an jeder beliebigen Stelle, die sie interessiert, anfangen zu lesen. Über das Stichwortverzeichnis und das Inhaltsverzeichnis können Sie sich die Punkte heraussuchen, die Sie besonders interessieren.

Das Buch soll dazu beitragen, dass die LohnarbeiterInnen, ob beschäftigt oder arbeitslos, sich ein Bild machen können. Auf sie kommt es letztlich an. Das Buch soll dazu beitragen, Selbstbewusstsein und Selbstachtung zu behalten und Kraft zu gewinnen. Menschen sind keine Nebensache. Sie müssten im Mittelpunkt stehen.

■ Rainer Roth

In Anlehnung an das Kinderspiel „Reise nach Jerusalem“ wetteifern Arbeitslose um den letzten freien Arbeitsplatz – eine Aktion der Gruppe „Klartext“

Was macht eigentlich ... Nicaragua? Die Unterstützung darf nicht versiegen!

Schreibmaschinenkurs in Rivas

Nach der dritten Niederlage der Sandinisten bei den Präsidentschaftswahlen in 2002 scheint es endgültig still geworden zu sein um das Land der Revolution von 1979. In den Medien ist Nicaragua völlig out und viele der spontan entstandenen Initiativen und Solidaritätsbrigaden gibt es nicht mehr.

Wie in vielen anderen Dingen ist das in Offenbach nicht so. Die Städtepartnerschaft mit Rivas, gegründet 1986, wird im nächsten Jahr das Erwachsenenalter erreicht haben und es bestehen lebendige Partnerschaften, z.B. von Schulen, der GEW und dem Verein „Para Nicaragua“.

Die Lehrergewerkschaft unterhält, nachdem die Zusammenarbeit mit der örtlichen Lehrergewerkschaft nicht mehr funktionierte, seit acht Jahren eine partnerschaftliche Beziehung zum Frauenhaus von Rivas, einer Bildungsstätte, die eher einer Volkshochschule als einem hiesigen „Frauenhaus“ ähnelt. Dort werden vor allem Qualifikationen vermittelt, mit denen frau sich selbst helfen und auch noch etwas verdienen kann: Schreibmaschinenschreiben, Schneidern, Körperpflege im Sinne von Kosmetik und Frisieren, Rechtsberatung, Gesundheitskurse, Sexualerziehung oder auch PC-Kurse.

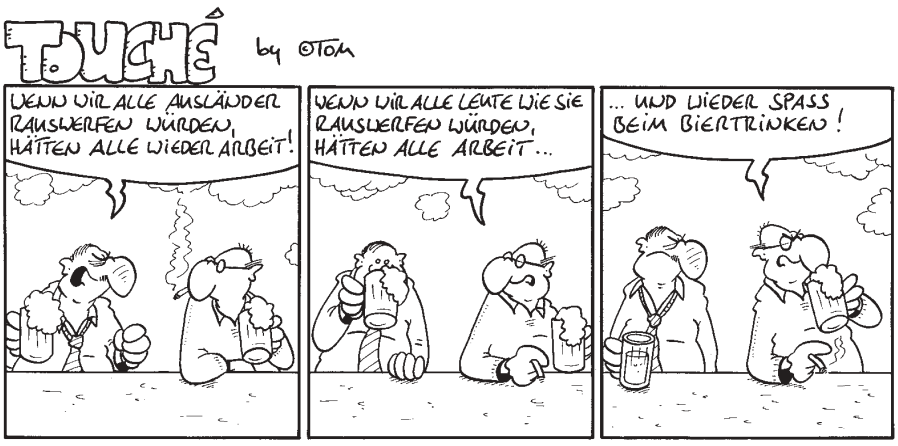
Da „Para Nicaragua“ als Träger Zivildienstleistende und Frauen im „Freiwilligen Sozialen Jahr“ regelmäßig nach Rivas und insbesondere zum Frauenhaus SONIA BELLO vermittelt, besteht eine sehr enge und intensive Kommunikation.

Unter diesen stabilen Rahmenbedingungen hat die Offenbacher GEW entschieden, jährlich ein Projekt des Frauenhauses zu finanzieren. Im vergangenen Jahr war dies die Aktion HAHN UND HÜHNCHEN. Vierzig alleinerziehende Frauen, die sich ohne verwandtschaftliche oder gar staatliche Unterstützung mit ihren Kindern durchschlagen müssen, sollten je einen Hahn und sechs Hühner bekommen. Vertraglich verpflichtete sich jede „Begünstigte“ einmal jährlich den empfangenen Satz Geflügel an eine weitere Frau abzugeben. Dies gelang tatsächlich und mit 1.500 EURO hatte die GEW ein gelungenes Projekt auf den Weg gebracht, was exemplarisch für wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit steht.

Auf dieser Basis entschloss sich der Kreisvorstand, für das Jahr 2003 aus dem Spendenetat wiederum 1.500 EURO für das Frauenhaus in Rivas vorzuhalten. Allerdings war er dann wenig von dem diesjährigen Projektvorschlag der Frauenorganisation AMNLAE, Träger des Frauenhauses, angetan: Es ging um die Anschaffung von ca. 8 elektronischen Schreibmaschinen als Ersatz für die vor Jahren gespendeten und nun nicht mehr brauchbaren mechanischen Maschinen. Die GEW-Verantwortlichen fragten skeptisch nach, ob denn im Zeitalter der Computer dergleichen noch nötig sei. Die Antwort zeigte dann doch, wie rasch wir Industrieländler unsere Erfahrungen auf die armen Länder projizieren: Die Nachfrage nach Schreibmaschinenkursen sei unvermindert hoch, weil im privaten Bereich und in den kleinen Gewerbebetrieben die Schreibmaschine weiterhin gefragt sei - und außerdem wäre es eine gute Voraussetzung, wenn frau sich vor dem irgendwann anstehenden PC-Kurs an der Schreibmaschine Grundfertigkeiten angeeignet hätte.

Wieder eine Lektion für das uneingestandene patriarchalische Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit auf unserer Seite! Nun darf man gespannt auf Evaluation und Bericht des Zivis aus dem Frauenhaus sein.

■ Wolfgang Christian



- Wo bekomme ich eine Rechtsberatung? Wer kann mich über die Altersteilzeitregelungen aufklären?
- Wann zahlt meine GEW-Berufshaftpflichtversicherung, und bei wem kann ich Ansprüche anmelden?
- Wann sind die Sommerferien 2008 in Hessen?
- Wie kann ich mich als 7. Prüfungsmitglied anmelden?
- Und was kostet überhaupt die GEW-Mitgliedschaft?

Diese und andere Fragen beantwortet die Service-Seite unserer Homepage

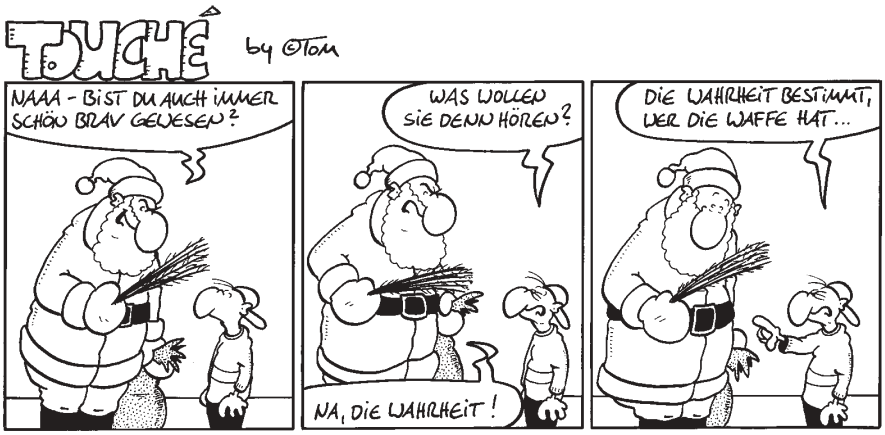
www.gew-offenbach.de

Auch Beihilfeantrage können dort heruntergeladen werden!

Offenbacher GEW-Newsletter

Ihr könnt – in der Regel etwa 14-tägig – unseren kostenlosen „Newsletter“ per E-mail erhalten mit Informationen und Hinweisen auf Veranstaltungen und Aktionen, die wir aus bildungspolitischer und/oder gewerkschaftlicher Sicht für interessant halten. Wir weisen regelmäßig auch auf Veranstaltungen von „Attac” und der Friedensbewegung hin.

Dieses Angebot gilt für alle an Bildung und Gewerkschaftspolitik Interessierten. Insbesondere Eltern und Schülerinnen und Schüler sind ebenfalls herzlich eingeladen, unseren Newsletter zu bestellen. Einfach eine diesbezügliche Mail an info@gew-offenbach.de schicken! Und natürlich kann man diesen Newsletter ebenso einfach per E-mail jederzeit wieder abbestellen.



GEW-TV-Team

GEW-TV: Letzte Vorbereitungen vor der Sendung Bernhard Bauser (Offener Kanal) und Christa Rugen am Regiepult

Das GEW-TV-Team im Studio des „Offenen Kanals“ von links:
Michael Köditz, Dr. Gabriele Helfert, Dr. Wolfgang Christian, Dorothea Fries, Jürgen Schütz, Johannes Günther, Christa Rugen, Gerda Günther. Zu unserem „OK-Team“ gehören außerdem Gabriele Bechtel, Hildgard Feuchter und Werner Scholz.

FACHGRUPPE SONDERPÄDAGOGIK

Das nächste Treffen der Fachgruppe „Sonderpädagogik“ findet statt am 10. Februar 2004 von 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr in der Johann-Hinrich-Wichern-Schule, Kirchstraße 9, 63165 Mühlheim.
Als Referent hat zugesagt Psychologieoberrat Gert Herweg vom Staatlichen Schulamt in Offenbach.

Thema:
SONDERSCHULLEHRER ZWISCHEN HELFERSYNDROM UND BURN-OUT
Die Einladung wird vor Weihnachten an alle Sonderschulen in Stadt und Kreis Offenbach verschickt.
Rückmeldungen bitte an
Gabriele Bechtel, Fechenheimer Leinpfad 7, 60386 Frankfurt,
Tel.: 0 69 / 41 53 20, FAX: 0 69 / 42 60 77 84, E-mail: gabriele.bechtel@web.de

Gabriele Bechtel

Anschrift:
Babenhäuser Str.29a, 63128 Dietzenbach

Kreisvorsitzendenteam

Thomas Kiele
Tel.: 0 60 74 - 3 22 33
Fax: 0 60 74 - 48 47 16
E-mail: t.kiele@gew-offenbach.de
Vertrauensleutesprecher; Betreuung d. Referendare GHRS; GPR LL

Ruth Storn
Tel.: 0 61 01 - 50 02 66
Fax: 0 61 01 - 50 02 67
E-mail: r.storn@gew-offenbach.de
Geschäftsführerin; stellv. Vorsitzende GPR LL

Manfred Tybussek
Tel.: 0 61 08 - 6 99 30
Fax: 0 61 08 - 6 94 29
E-mail: m.tybussek@gew-offenbach.de
Kreisrechner; Pressearbeit; GPR LL

Weitere Mitglieder des Kreisvorstands

Uli Simonis
Tel.: 0 61 06 - 1 71 18
Fax: 0 61 06 - 69 76 19
E-mail: u.simonis@gew-offenbach.de
Rechtsberater; Pensionsberatung; Mitgliederverwaltung; stellv. Vorsitzender GPR LL

Rainer Spatz
Tel.: 0 69 - 61 73 64
Fax: 0 69 - 61 73 64
E-mail: r.spatz@gew-offenbach.de
FG Berufl. Schulen; Vertreter beim DGB; Vorsitzender GPR LL

Marion Altenburg
Tel.: 0 61 03 - 50 14 36 5
E-mail: m.altenburg@gew-offenbach.de
Kooperative Gesamtschule mit Oberstufe; GPR LL

Gisela Beez
Tel.: 0 61 04 - 13 97
E-mail: g.beez@gew-offenbach.de
Kooperative Gesamtschule mit Oberstufe; GPR LL

Rolf Blees
Tel.: 0 61 03 - 5 12 79
E-mail: rdblees@web.de

Susanne Kannwischer
Tel.: 0 61 08 - 6 72 23
E-mail: s.kannwischer@gew-offenbach.de
Grundschule; GPR LL

Michael Kedzior
Tel.: 069 - 82 36 81 40
E-mail: m.kedzior@gew-offenbach.de
Gesamtschulen

Edith Knecht
Tel.: 0 61 02 - 3 98 40
E-mail: Edith.Knecht@t-online.de
Vertreterin der Pensionäre

Martin Koch
Tel.: 0 61 02 - 3 13 14
Fax: 0 61 02 - 73 38 90
E-mail: Mkoch@t-online.de
Vertreter der Pensionäre

Christiane Ostersetzer
Tel.: 0 61 59 – 1036
E-mail: ostersetzerc@aol.com

Eva Pelkner
Tel.: 069 - 70 79 03 48
E-mail: e.pelkner@gew-offenbach.de
Gymnasien

Jochen Röver
Tel.: 06108-6473

Winfried Scholz
Tel.: 0 61 06 - 56 19
E-mail: winsports@gmx.de
m.t. Fachlehrer

KV OF-Land

René Schüttke
Tel.: 0 60 74 - 4 27 62
E-mail: rene.Schuettke@t-online.de
Sonderschule; GPR LL

Werner Theobald
Tel.: 0 69 - 53 05 90 10
E-mail: w.theobald@gew-offenbach.de
Pressearbeit

Edna Vornberger
Tel.: 0 60 74 - 38 66
E-mail: e.vornberger@gew-offenbach.de
Kooperative Gesamtschule mit Oberstufe; GPR LL

Norbert Weimann
Tel.: 0 69 - 82 37 50 50
E-mail: famweimann@t-online.de
FG Haupt- und Realschule; Kooperative Gesamtschule

Kreisvorsitzendenteam

Gabriele Bechtel
Fechenheimer Leinpfad 7, 60386 Frankfurt
Tel.: 0 69 - 41 53 20
E-mail: g.bechtel@gew-offenbach.de
Sonderschule und Integration, Gemeinsamer Unterricht; OK-Team; stellv. Vorsitzende des GPR LL

Winfried Deschauer
Brandsbornstr. 73, 63069 Offenbach
Tel.: 0 69 - 84 21 30
E-mail: w.deschauer@gew-offenbach.de
Sekundarstufe I; GPR LL

Michael Köditz
Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt
Tel.: 0 69 - 40 80 78 40
E-mail: m.koeditz@gew-offenbach.de
berufliche Schulen und sozialpädagogische Berufe; Medien- und Pressearbeit; OK-Team; GPR LL

Weitere Mitglieder des Kreisvorstands

Dr. Wolfgang Christian
Kantstr. 18, 63067 Offenbach
Tel.: 0 69 - 81 00 78
E-mail: w.christian@gew-offenbach.de
Kommunalpolitik; Pressearbeit; Para Nicaragua; OK-Team

Hildegard Feuchter
Dreieichring 16, 63067 Offenbach
Tel.: 0 69 - 88 66 49
E-mail: h.feuchter@gew-offenbach.de
Grundschule, Frauenfragen; Kreisrechnerin, Rechtsberaterin, Pensionsberatung, OK-Team; GPR LL

Gerda Günther
Weinbergstr. 1, 63073 Offenbach
Tel.: 0 69 - 89 14 89
E-mail: g.guenther@gew-offenbach.de
Gymnasien und gymnasiale Oberstufe; OK-Team; GPR LL

Christa Rugen
Am Mühlgraben 58, 63263 Neu-lsenburg
Tel.: 0 61 02 - 32 08 33
E-mail: c.rugen@gew-offenbach.de
Haupt- und Realschulen; Mitgliederverwaltung; OK-Team

KV OF-Stadt

GPR LL = Mitglied im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

OK-Team = Mitarbeit im „Offener Kanal-Team“ der GEW („GEW-TV“); zu unserem OK-Team gehören außerdem Dr. Gabriele Helfert, Dorothea Fries und Werner Scholz.

…Banken und Konzerne

- Im Jahr 2000 nahm das Land Hessen noch 1.400 Millionen € Körperschaftssteuer ein, der Gewinnsteuer von Kapitalgesellschaften wie Opel, Deutsche Bank, Aventis, Volkswagen usw..
- 2001 tröpfelten nur noch 91 Millionen € in die Landeskasse.
- 2002 zahlte das Land sogar 165 Mio. € Körperschaftssteuer an die Konzerne zurück.

…die Vermögenden

- 1996 nahm Hessen 500 Millionen € Vermögenssteuer von den Villenbesitzern in Kronberg, Bad Soden, Wiesbaden und anderswo ein.
- 2002 waren es noch 40 Millionen €

…die Spitzenverdiener

- Auch die Senkung des Spitzensteuersatzes für Spitzenverdiener brachte Hessen hunderte Millionen € Steuerausfälle. Die CDU verlangt weitere massive Senkungen.

All das kostet Hessen seit 2001 mindestens zwei Milliarden € Steuerausfälle jährlich. Angeblich dient das der „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Doch fest steht: Der Kontostand von Kapitalgesellschaften und Spitzenverdienern stieg und die Arbeitslosigkeit stieg auch. Die Verschiebung von Geldern aus öffentlichen in private Kassen riss riesige Löcher in den Landeshaushalt. Die Löcher müssen gestopft werden. Aber wie?

Die Zeche zahlen wir!

Um die zwei Milliarden Steuergeschenke für Konzerne und Villenbesitzer zu finanzieren, werden u.a.

- 200 Millionen € bei Beamten in Schulen und Verwaltungen über unbezahlte Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen eingespart - Angestellte und Arbeiter sollen folgen.
- 30 Millionen € bei sozialen Einrichtungen gestrichen, z.B. alle Landesmittel für Schuldnerberatungen, berufliche Wiedereingliederung von Frauen und Frauenhäuser und ein Drittel der Gelder für AIDS-Kranke, Drogenabhängige, Obdachlose, Beratungsstellen usw.
- 50 Millionen € beim Wohnungsbau gestrichen.
- 39 Millionen € bei Studierenden eingefordert.

Soll der Landeshaushalt durch die Rücknahme der riesigen Steuersenkungen für Kapitalgesellschaften, Vermögende und Spitzenverdiener ausgeglichen werden? Oder dadurch, dass die verschenkten Steuern u.a. bei den Armen, bei Arbeitslosen, bei Frauen, bei Schulkindern, bei Studierenden, bei Beamten, Arbeitern und Angestellten des Landes, bei Jugendlichen usw. zusammengekratzt werden?

Für welche Zwecke werden eigentlich die Milliarden € verwandt, die der Staat den Kapitalbesitzern zukommen lässt? Sollen wir die Zeche für etwas zahlen, das wir weder kennen noch bestellt haben?

(aus einem Flugblatt von Klartext e.V. mit freundlicher Genehmigung)